



Die unabhängige Kraft  
für Ostbelgien

Grundsatzprogramm



# Die DG – unsere Gemeinschaft in Belgien – in den letzten 50 Jahren

## Inhalt:

- I. Die DG - unsere Gemeinschaft in Belgien - in den letzten 50 Jahren 2
- II. Neue Voraussetzungen 4
- III. Neue Herausforderungen 6
- IV. DIE neue unabhängige politische Kraft: prodg.be 8

Von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der 1960er Jahre lag das politische Leben in der DG völlig am Boden: nicht nur die harte Wiederaufbauarbeit, vor allem die sogenannte Säuberung ließ die Menschen vor einem „bürgerlichen Engagement“ zurückschrecken. Die völlige Abkehr von politischer Tätigkeit fand ihre Kurzformel in dem Satz: “Nicht mal mehr in den Kindheit-Jesu-Verein.“

Mitte der 1960er Jahre sollte sich diese Situation ändern: die sprachpolitischen Entwicklungen zwischen Flamen und Wallonen schufen und verstärkten die föderalistische Bewegung in dem bisherigen Einheitsstaat Belgien. Und mit den Bemühungen um eine Demokratisierung des Unterrichtswesens schwappten diese Gedanken auch in unsere Gegend hinein. Langsam wuchs ein neues Selbstbewusstsein, nach und nach fassten die neuen Ideen auch hier Fuß. Und auch hier wieder wurde der berühmte Satz von Leo Tindemans zur Kurzfassung der Aufbruchstimmung: “Werde, der du bist!“.

Einen bedeutenden Anteil an der Neubelebung des politischen Lebens hatte die 1970 gegründete „Partei der Deutschsprachigen Belgier“, die als von irgendwelchen Mutterparteien, Interessenverbänden oder Druckgruppen völlig unabhängige politische Kraft für eine Gleichberechtigung der deutschsprachigen Belgier in dem sich neu gestaltenden Belgien eintrat und dazu weitreichende eigenständige Konzepte ausarbeitete.

Mit etwas Verspätung wurde die Auswirkung der 1. Staatsreform von 1970 spürbar: am 23. Oktober 1973 wurde der „Rat der deutschen Kulturgemeinschaft“ (RdK) eingesetzt. Trotz aller Mängel, mit denen die Einsetzung behaftet war, gab es nun eine Vertretung, ein Sprachrohr für die deutschsprachigen Belgier – die Legitimation durch den

Bürger erfolgte bei der ersten Wahl am 14. März 1974. Die Anfänge dieses neuen Gremiums waren sehr bescheiden: nur begutachtende Befugnis, keine ausführende Gewalt für einen Mini-Haushalt...

Die föderalistische Bewegung gewann daraufhin an Eigendynamik, und im Schlepptau der großen Umwälzungen der belgischen Staatsstrukturen durch die verschiedenen Staatsreformen wurden auch für den RDK die Befugnisse, die Haushaltsmittel, die Handlungsmöglichkeiten erweitert. Ein entscheidendes Datum war der 31. Januar 1984: der „Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft“ wurde eingesetzt und mit Gesetzes- d.h. Dekretbefugnissen und einer eigenen Exekutive ausgestattet.

Seitdem wurden die Befugnisbereiche stets vergrößert: zu dem ursprünglichen Bereich der Kultur und Sprache, der ja die Grundlage für jede Autonomie darstellt, kamen das Unterrichtswesen, der Bereich Soziales und von der Wallonischen Region, zu der die DG mittlerweile gehörte, wurden die Bereiche Denkmal- und Landschaftsschutz, Beschäftigung und schließlich die Gemeindeaufsicht mit den subsidierten Arbeiten übertragen.

Die DG ist „erwachsen“ geworden; es geht nun nicht mehr nur darum, mehr Autonomie zu fordern – auch dies ist weiterhin erforderlich. Es geht vor allem auch darum, diese Autonomie inhaltlich auszugestalten, sowohl in den gesetzlichen Grundlagen als auch in den ausführenden Entscheidungen durch Regierung und Verwaltung. In diesem Rahmen erklären die PDB und PJU, dass sie zu den nächsten Wahlen nicht mehr antreten werden, um einer neuen politischen Kraft Platz zu machen, die auf einer breiten Zustimmung von Bürgern aufbaut, die unabhängig von Druckgruppen und Interessenverbänden und ohne ideologische Scheuklappen für unsere Gemeinschaft denken und handeln will.

## II. Neue Voraussetzungen

### A) AUF POLITISCHER EBENE

#### AUF BELGISCHER EBENE:

- Seit der Staatsreform von 1993 ist Belgien ganz offiziell ein Bundesstaat. Artikel 1 der Verfassung lautet: „Belgien ist ein Föderalstaat, der sich aus Gemeinschaften und Regionen zusammensetzt.“ Dennoch hat die Staatskrise im 2. Halbjahr 2007 deutlich aufgezeigt: eine neue Staatsreform mit deutlich größeren und klar abgegrenzten Befugnissen sowie Mechanismen zur Zusammenarbeit der Teilstaaten ist unumgänglich.

- In diesem Zusammenhang ist ebenfalls der sog. „intrafrankophone Dialog“ von großer Bedeutung: die Neugestaltung der für die Französischsprachigen zuständigen Institutionen wird unausweichlich Auswirkungen auf die DG haben. Je enger die Zusammenarbeit zwischen den Wallonen / Frankophonen sein wird, um so dringender ist die „Gemeinschaft-Region“ für die DG.

- Auf jeden Fall werden neue Befugnisse auf die DG zukommen. Und höchstwahrscheinlich wird das Modell der vier Teilstaaten: Flandern, Wallonie, Brüssel und DG die Lösung sein.

#### AUF EUROPÄISCHER EBENE:

- Auch Europa und die EU haben sich in den letzten Jahren grundlegend und besonders für Grenzregionen spürbar geändert, nicht nur in der Ausdehnung, sondern auch für das alltägliche Leben der Menschen: zwischenstaatliche Grenzen und Kontrollen sind weggefallen, ein freier Arbeitsmarkt, eine einzige Währung,... Die Nationalstaaten werden an Bedeutung verlieren, das Europa der Regionen mehr Einfluss gewinnen.

- Die DG hat in den letzten Jahren ein sehr fruchtbares Netz von internationalen Beziehungen aufgebaut, das genau in diese Richtung geht: ob in der unmittelbaren Nachbarschaft in der Euregio Maas-Rhein, ob in dem Saar-Loor-Lux-Zusammenschluss, mit Bundesländern in Deutschland, Österreich sowie Kantonen in der Schweiz, mit Südtirol und anderen Minderheiten. Diese Kontakte ermöglichen sowohl konkrete praktische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe als auch Austausch über „Best Practice-Modelle“.

### **B) AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE: POLITIK UND BÜRGERBETEILIGUNG**

- „Politik“ hat nicht (mehr) den besten Ruf; Studien zeigen auf, dass man sich nicht mehr an eine Partei binden will, dass ideologische Gegensätze nicht mehr so recht in die Zeit passen und dass gute Ideen in allen „Lagern“ zu finden sind.

- Vielen Menschen ist der Staatsaufbau viel zu kompliziert und undurchsichtig, die Strukturen und Zuständigkeiten unverständlich. Dies führt vielfach zur Ablehnung oder zu Desinteresse. Es ist nicht deutlich genug, dass Strukturen keineswegs ein Selbstzweck sind, sondern nur Mittel und Instrumente, um für die Bürger und mit ihnen „die öffentliche Sache“ zu gestalten: in den Bereichen, die vor Ort, für ihre eigenen Interessen, aber auch weltweit, für die Zukunft wichtig sind.

- Andererseits gibt es auf lokaler oder kommunaler Ebene viele Menschen, die sich mit diesem „gesunden Menschenverstand“ für die „öffentliche Sache“ einsetzen wollen – in „Freien Bürgerlisten“, wirklichen „Gemeindeinteressen“... Diese Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung soll natürlich nicht nur eigene lokale Interessen vertreten, sondern auch nach einer umfassenden Information global Verantwortung übernehmen.

## III. Neue Herausforderungen

### **AUF EBENE DER DG**

#### **Alte und neue Zuständigkeiten:**

- Ob in dem Grundlagen-Bereich der Kultur, ob in den „alten Zuständigkeiten“ d.h. im Unterrichtswesen, in der Investition für die Zukunft und in der Sozialpolitik, ob in den neueren Bereichen wie in der Zuständigkeit für die Gemeinden: überall wartet die Herausforderung, mit originellen, maßgeschneiderten und einfachen Regelungen selbständig neue Akzente zu setzen.

- Hinzu kommen die großen Fragen der Zeit. Ganz sicher kann die kleine DG auf die großen Themen keinen entscheidenden Einfluss nehmen, aber sie kann und muss in allen Zuständigkeitsbereichen prüfen: Was kann und muss sie auf lokaler Ebene tun – die DG als Institution gerade in Zusammenarbeit mit den Gemeinden? Die DG muss auf neue Herausforderungen mit konkreten Weichenstellungen reagieren, überall dort wo sie zuständig ist, und gegebenenfalls auf Entscheidungen Einfluss nehmen, für die sie zwar nicht unmittelbar zuständig ist, die sie aber unmittelbar betreffen. Zu diesen Herausforderungen gehören u. a.:

- Die neue Armut – steigende Preise – Verbraucherschutz
- Die demographische Entwicklung – die Veralterung der Gesellschaft – die neuen Familienformen
- Bildung und Ausbildung : DIE CHANCE für die Jugend der DG
- Die neue Mobilität – Immigration – Integration von Ausländern
- Klimawandel – Energieeinsparung – neue alternative Energien – Umweltschutz – die nachhaltige Entwicklung
- Globalisierung – Internetgesellschaft
- Das neue Europa – „Wir sind als Einzelne für die ganze Welt (mit)verantwortlich.“
- ...



prodg<sup>be</sup>

Die unabhängige Kraft  
für Ostbelgien

[www.prodg.be](http://www.prodg.be)

IV.

Die neue unabhängige politische Kraft:  
prodg.be

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Gruppe interessierter Bürger/innen getroffen, die eine neue politische Kraft in und für die DG schaffen will – prodg.be = steht für eine gleichberechtigte dg in be.

#### A) UNSERE MERKMALE

##### Unabhängig

Wir verstehen uns als politische Kraft in Ostbelgien, die sich unabhängig von Druckgruppen und Interessenverbänden und ohne Abhängigkeit von übergeordneten Parteistrukturen in Namur oder Brüssel für die Interessen der deutschsprachigen Belgier einsetzt. Gleichzeitig sind wir ausdrücklich und sehr gerne bereit, mit anderen demokratischen politischen Parteien in Belgien zusammenzuarbeiten.

##### Ideologieübergreifend

Wir wollen Politik pragmatisch und ohne ideologische Scheuklappen gestalten. Einengende Ideologien, die vorwiegend im 19. Jahrhundert entwickelt wurden, sind in ihrer reinen Lehre nicht mehr in der Lage, Antworten auf die komplexen gesellschaftlichen Probleme des 21. Jahrhunderts zu liefern. Wir wollen uns nicht in ein parteipolitisches Korsett zwängen lassen. Es gibt in vielen Programmen interessante Lösungsansätze. Wir unterstützen beispielsweise die von Sozialdemokraten formulierte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und gleichen Bildungschancen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Genauso begrüßen wir die liberale Forderung nach Freiheit, Eigenverantwortung, Subsidiarität und Abbau von Bürokratie. Wir unterstützen ebenfalls die grünen Forderungen nach einer umweltfreundlichen Politik, nach Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Genauso bekennen wir uns ausdrücklich zu christlichen Grundwerten.

Bei der Lösung von komplexen gesellschaftlichen Problemen des 21. Jahrhunderts muss pragmatisch und ideologieübergreifend gearbeitet werden. Dabei lassen sich viele der oben erwähnten Forderungen miteinander verbinden. Sehr gut lässt sich das am Beispiel der Bildungspolitik verdeutlichen. Eine moderne, auf empirischen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Bildungspolitik muss auf mindestens drei Säulen beruhen:

Der Staat muss präzise Zielvorgaben für schulisches Arbeiten vorgeben (sozialdemokratischer Ansatz). Zum Auftrag der Schulen müssen dabei unbedingt auch Demokratieerziehung und die Erziehung zu nachhaltigem Verhalten (grüner Ansatz) gehören.

Der Staat muss den Schulen bei der Umsetzung dieser Zielvorgaben ein Maximum an Eigenverantwortung zubilligen (liberaler Ansatz).

Der Staat muss regelmäßig über moderne Qualitätssicherungsverfahren überprüfen, ob die eigenverantwortlichen Schulen die vorgegebenen Ziele in der Praxis erreichen (christdemokratischer Ansatz).

Nur mit einem pragmatischen Gesamtkonzept kann gleichzeitig für eine gute Ausbildung und für Bildungsgerechtigkeit gesorgt werden. Eine anspruchsvolle Ausbildung (liberaler und christdemokratischer Ansatz) widerspricht entgegen landläufiger Meinungen nicht dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit (sozialdemokratischer Ansatz).

### Subsidiarität und Solidarität

Wir fühlen uns den Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität verpflichtet. Diese Prinzipien prägen unsere Gesamtkonzepte in allen Zuständigkeiten der DG: den handelnden Organisationen und Vereinigungen muss eine größtmögliche Eigenverantwortung zugestanden werden (Subsidiarität); gleichzeitig muss die DG in einigen Politikbereichen Standards vorgeben und dafür Sorge tragen, dass alle Angebote sozial gerecht gestaltet werden und für jeden Bürger der DG, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, zugänglich sind (Solidarität).

## B) UNSERE ZIELE

Unsere Ziele sind in diesem Grundsatzprogramm enthalten und werden vor jeder Wahl in einem Wahlprogramm um konkrete Vorschläge ergänzt.

### Zusammenhalt des belgischen Bundesstaates

Wir sprechen uns nachdrücklich für den Zusammenhalt des belgischen Bundesstaates aus. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Zusammenbrechen Belgiens die Lebensqualität in der DG verschlechtern würde. Um dieser Grundüberzeugung Ausdruck zu verleihen, wurde das in der Internetsprache geläufige Kürzel „.be“ genauso wie die belgischen Nationalfarben in unser Logo aufgenommen.

### DG als gleichberechtigter Gliedstaat in Belgien

Wir glauben an die Zukunft unseres Königreiches; wissen aber auch, dass die Strukturen unseres Bundesstaates reformbedürftig sind. Um eine wirklich bürgernahe Politik gestalten zu können, müssen Gemeinschaften, Regionen und Föderalstaat unbedingt kohärente, homogenere Zuständigkeiten erhalten. Langfristig liegt die Zukunft unseres Landes in einem handlungsfähigen Bundesstaat und vier gleichberechtigten Gemeinschaft-Regionen: Brüssel, Wallonie, Flandern und DG. Teure und bürokratische Zwischenbehörden brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht.

Im Zuge von absehbaren Staatsreformen muss die DG ein gleichberechtigter Gliedstaat in Belgien bleiben. Damit sie die Instrumente ihrer Autonomie noch besser zum Wohle der deutschsprachigen Belgier nutzen kann, sollte das Befugnispaket der DG zumindest um folgende Zuständigkeiten ergänzt werden:

- die Kompetenzen und Mittel der Provinz (unnötige Zwischenbehörde)
- die Raumordnung
- den sozialen Wohnungsbau

Um sich noch besser in die belgische Politik einbringen und gleichzeitig eigene Interessen wahren zu können, sollten die deutschsprachigen Belgier über eine garantierte Vertretung in folgenden Parlamenten verfügen:

- föderale Abgeordnetenversammlung
- Senat
- Europaparlament

### Weltoffene DG

Wir setzen uns ein für eine weltoffene DG, die sich nicht einigelt oder abgrenzt, sondern gezielt auf ausländische Partner zugeht, sich in Netzwerke einbindet und den europäischen Einigungsprozess aktiv begleitet. Von besonderer strategischer Bedeutung ist dabei die Zugehörigkeit zur Euregio Maas-Rhein und zur Großregion Saar-Loor-Lux. Die DG ist auf Grund ihrer bescheidenen Größenordnung im Europa der Regionen auf Kooperationen angewiesen. Viele Zuständigkeiten können nur in Kooperation mit anderen Regionen effizient wahrgenommen werden. Die DG muss ihre Außenbeziehungen nutzen, a) um von anderen Regionen zu lernen, b) bei der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten mit Partnern zusammen zu arbeiten und c) überall dort, wo sie dazu in der Lage ist, mit einem gesunden Selbstbewusstsein und in aller Bescheidenheit Modellregion für andere zu sein. Die Bereitschaft, von anderen zu lernen und Best-Practice-Modelle zu importieren, gehört zur pragmatischen Grundphilosophie der neuen Bewegung.

In der DG gilt unser Hauptaugenmerk der Bildungs-, der Sozial- und der Kulturpolitik (im weitesten Sinne).

### Bildungspolitik

Die Strukturen des Bildungswesens wurden in den letzten Jahren grundlegend reformiert, um die Unterrichtsqualität zu verbessern und gleichzeitig für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Eine gute Bildungsqualität ist die Grundlage für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Gerechtigkeit in der DG. Die begonnenen Reformen müssen konsequent fortgesetzt werden. Die DG muss den

Auftrag der Schulen präzise definieren, den Schulen ein Maximum an Eigenverantwortung zugestehen, ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen anbieten, damit sie ihren Auftrag erfüllen können und schließlich auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien überprüfen, ob der Auftrag in der Praxis erfüllt wird. Sollte der Auftrag nicht erfüllt werden, muss entsprechend nachgebessert werden.

### Kulturpolitik

Das kulturelle Leben bildet die Grundlage für die Daseinsberechtigung der DG. Ohne die oftmals ehrenamtliche Arbeit in den zahlreichen Vereinen unserer Gemeinschaft wäre die DG nicht überlebensfähig. Die Arbeit in den Vereinen prägt das gesellschaftliche Leben in der DG. Die DG hat deshalb die Pflicht, die Vereinswelt zu unterstützen und ihr bestmögliche Rahmenbedingungen anzubieten. Dabei muss sie im Sinne der Subsidiarität für eine effiziente Aufgabenteilung zwischen DG und Gemeinden sorgen und gleichzeitig im Sinne der Solidarität einen sozialverträglichen Zugang aller Bürger zu kulturellen Angeboten gewährleisten.

Wir sprechen uns auch für die Stärkung der professionellen Kulturanbieter aus, denen bestmögliche Arbeitsbedingungen angeboten werden müssen, damit sie sich voll entfalten und ihren Auftrag erfüllen können.

### Sozialpolitik

Die Sozialpolitik bildet die eigentliche Grundlage für die Solidarität in unserer Gemeinschaft. Sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen verdienen eine besondere Priorität. Zwischen 1999 und 2009 wurden die Mittel für die Sozialpolitik in der DG massiv erhöht. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Die demographische Entwicklung und die damit einhergehende Veralterung der Gesellschaft stellt auch die DG vor große Herausforderungen. Der Familien- und Seniorenpolitik kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu. Wir müssen alles tun, um älteren Menschen über eine modernen Ansprüchen genügende häusliche Hilfe die Möglichkeit zu

eröffnen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden ein möglichst selbstständiges Leben zu führen. Gleichzeitig müssen die Alten- und Pflegeheimstrukturen weiter ausgebaut werden. Menschen, die in eine besondere Notlage geraten, müssen über die zahlreichen Sozialeinrichtungen eine angemessene Begleitung und Unterstützung erfahren. Auch in der DG nimmt die Anzahl der Multiproblemfamilien permanent zu. Sie sind zugleich auf die Unterstützung mehrerer Dienste und Einrichtungen angewiesen. Es wird in Zukunft entscheidend darauf ankommen, diesen Familien einen Ansprechpartner anzubieten, der alle erforderlichen Dienstleistungen koordiniert. Grundsätzlich muss auch die Information über Unterstützungsmöglichkeiten in der DG verbessert werden. Bestimmte dringend benötigte Dienstleistungen werden nur deshalb nicht in Anspruch genommen, weil die Betroffenen nicht wissen, dass es sie gibt.

#### Nachhaltigkeit

Wir müssen innerhalb aller Zuständigkeiten der DG den Begriff der Nachhaltigkeit mit Leben erfüllen. Wir können es uns nicht erlauben, alle Ressourcen zu Lasten kommender Generationen aufzubrechen. Deshalb brauchen wir trotz steigender Bedürfnisse in allen Arbeitsfeldern zum Beispiel immer auch eine nachhaltige Finanzpolitik. Die DG muss darauf achten, dass sie in jeder Legislaturperiode die Maas-trichter Kriterien bzw. die Norm des Hohen Finanzrates erfüllt.

#### Klimaschutz

Die DG muss alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um im Bereich des Klimaschutzes eine Modellregion in Belgien zu werden. Vor allem im Bereich der Infrastrukturpolitik kann die DG einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie bei in Eigenverantwortung errichteten und auch bei subventionierten Bauten auf nachhaltiges und energiesparendes Bauen achtet. Die DG sollte zudem im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anreize für nachhaltiges Bauen und entsprechende Renovierungsarbeiten schaffen (Contracting, ...).

#### C) AUSBLICK

Das vorliegende Programm werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten permanent weiterentwickeln und ergänzen. Wir möchten dies in einem breiten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinschaft tun.

Ab September 2008 werden wir mit einer Runde durch die Gemeinden der DG beginnen. Die Anregungen und Vorschläge, die aus diesem Dialog entstehen, werden die Grundlage für unser Wahlprogramm 2009 bilden. prodg.be wird sich erstmals im Juni 2009 mit einer unabhängigen Liste zur Wahl stellen.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, dass die Gründung einer neuen politischen Bewegung wahltaktisch mit Risiken verbunden ist. Wir wissen auch, dass unabhängige Listen es bei Wahlen naturgemäß schwerer haben als traditionelle Parteien; wir sind aber der festen Überzeugung, dass unabhängige politische Bewegungen für eine effiziente und pragmatische Gestaltung unserer Autonomie unabdingbar sind. Wir möchten uns unsere Unabhängigkeit bewahren und nehmen deshalb dieses Risiko in Kauf.

Schlussendlich wird es auf Ihre Wahl ankommen. Wir bitten Sie, unserem Projekt eine Chance zu geben.



Die unabhängige Kraft  
für Ostbelgien

prodg.be

Kaperberg 6  
4700 EUPEN

Tel.: 087 555 987

Fax: 087 555 984

E-Mail: [info@prodg.be](mailto:info@prodg.be)

[www.prodg.be](http://www.prodg.be)